



Liebe Leserinnen und Leser,

am gestrigen Tag der Umwelt habe ich als Berichterstatter meine Rede zur Sicherung der Entsorgung von Verpackungen gehalten. Die Rede ist auch auf meiner [HOMEPAGE](#) anzuklicken. Aber auch viele andere Themen in dieser Sitzungswoche sind in den Wochenbericht eingeflossen und interessant nachzulesen. Viel Spaß beim Stöbern!

Rede zur Sicherung der Entsorgung von Verpackungen

In meiner Rede im Plenum habe ich betont, dass mit der siebten Novelle der Verpackungsverordnung drängende Probleme beim „Grüne Punkt“, also der haushaltsnahen Entsorgung von Verkaufsverpackungen, behoben werden. Die Verpackungsverordnung regelt die Sammlung und Verwertung des Verpackungsmülls aus gelben Säcken und Tonnen.



Foto: B.S.-L.

Wie wir wissen, ist dieses Entsorgungssystem in den letzten Jahren unter Druck geraten und die Menge der lizenzierten Verkaufsverpackungen nimmt kontinuierlich ab, da einige duale Systeme „Schlupflöcher“ wie Eigenrücknahme und Branchenlösungen dazu nutzen, um ihre Verpackungen der Lizenzierungspflicht zu entziehen. Die Änderung der Verpackungsverordnung stabilisiert die haushaltsnahe Erfassung kurzfristig und macht den Weg frei für ein Werkstoffgesetz, das noch in diesem Jahr diskutiert wird.

Die Änderung der Verpackungsverordnung stabilisiert die haushaltsnahe Erfassung kurzfristig und macht den Weg frei für ein Werkstoffgesetz, das noch in diesem Jahr diskutiert wird.

Sachinformation zu TTIP aus der Perspektive des Bundeswirtschaftsministeriums

Gegenwärtig wird intensiv über die Transatlantische Handels- und Investitionspartnerschaft (TTIP) diskutiert - in der Bevölkerung genauso wie in den Medien, in den Parteien ebenso wie in Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften. Nun sind [ALLGEMEINVERSTÄNDLICHE SACHINFORMATIONEN ZU TTIP](#) in einer Broschüre zur Verfügung gestellt worden. Sie gibt aus der Perspektive des Bundeswirtschaftsministeriums Antworten auf häufig gestellte Fragen. Wer Interesse an [WEITERGEHENDEN INFORMATIONEN](#) hat - etwa zum aktuellen Verlauf der Verhandlungen zwischen der amerikanischen Regierung und der EU-Kommission - oder einfach eine Diskussionsplattform sucht, wird auf der Internet-Seite des Bundeswirtschaftsministeriums fündig.



Koalition mobilisiert neun Milliarden Euro für Bildung und Wissenschaft

INSGESAM NEUN MILLIARDEN EURO WIRD DER BUND ZUSÄTZLICH IN DIESER LEGISLATURPERIODE FÜR DIE FINANZIERUNG VON BILDUNG, WISSENSCHAFT UND FORSCHUNG AUFWENDEN.

Damit setzt der Bund gerade in Zeiten angespannter öffentlicher Haushalte ein wichtiges Signal.

Bildung und Wissenschaft brauchen verlässliche Perspektiven. Deshalb hat die SPD sich dafür eingesetzt, dauerhaft die Bildungs- und Wissenschaftsfinanzierung zu verbessern und Planungssicherheit zu schaffen. Mit der Einigung konnte dieses Ziel nun mit drei Schritten erreicht werden:

Durch die Übernahme der BAföG-Kosten durch den Bund gewinnen die Länder Spielräume für Investitionen in Schulen und Hochschulen von jährlich rd. 1,17 Mrd. Euro und zwar dauerhaft und schon 2015. Die SPD wird dies nutzen und eine substantielle BAföG-Erhöhung durchsetzen.

Zweitens wird auch für Hochschulen mehr Planungssicherheit geschaffen, weil sie der Bund künftig auch institutionell fördern kann. Damit entstehen neue Kooperationsmöglichkeiten im Wissenschaftsbereich, die dringend gebraucht werden.

Hierüber wird der von der SPD geforderte Einstieg des Bundes in eine bessere Grundfinanzierung der Hochschulen durchgesetzt.

Drittens schließlich können die Aspekte Planbarkeit und Verlässlichkeit durch die Fortsetzung der drei Bund-Länder-Programme Hochschulpakt, Exzellenzinitiative und Pakt für Forschung und Innovation gesichert werden.



Die Fortsetzung des Hochschulpaktes von Bund und Ländern stellt sicher, dass auch weiterhin all diejenigen, die ein Studium aufnehmen wollen, auch die gleiche Chance auf einen Studienplatz haben.

Mit der Einigung hat diese Koalition für die Bildung und Wissenschaft strukturell und langfristig bereits jetzt viel erreicht.



Das Pflegestärkungsgesetz

Der vom Bundeskabinett beschlossene **ENTWURF DES FÜNFTEN GESETZES ZUR ÄNDERUNG DES ELFTEN BUCHES DES SOZIALGESETZBUCHES SOLL ALS PFLEGESTÄRKUNGSGESETZ ZUM 1. JANUAR 2015 IN KRAFT TRETEN.** Der Entwurf enthält eine Vielzahl von Leistungsverbesserungen im finanziellen Umfang von rund 2,4 Milliarden Euro. So wird etwa die häusliche Pflege gestärkt und die Betreuung in den Pflegeheimen verbessert. Parallel zur laufenden Erprobung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs werden bereits Leistungen für Pflegebedürftige ausgebaut, die an psychische Störungen leiden oder an Demenz erkrankt sind.

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Pflege in zwei Stufen gestärkt werden:

- Erstmalig wird die **Preisentwicklung** der vergangenen drei Jahre bei der Anhebung aller Leistungsbeträge berücksichtigt.

- Die **Leistungen in der häuslichen Pflege werden deutlich verbessert** und flexibilisiert, denn mehr als zwei Drittel aller Pflegebedürftigen werden daheim versorgt – darunter die große Mehrzahl von ihren Angehörigen. Ihnen helfen insbesondere die vorgesehenen Verbesserungen im Bereich der Kurzzeit- und Verhinderungspflege sowie der Tages- und Nachtpflege. Damit wird dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, zu Hause gepflegt zu werden und die Wünsche der vielen pflegenden Angehörigen aufgegriffen, entlastende und unterstützende Pflegeleistungen flexibler in Anspruch nehmen zu können.



- Wer die eigenen vier Wände altersgerecht, wie z. B. mit einem entsprechenden Badezimmer, umrüstet, kann zukünftig **Zuschüsse** von bis zu 4.000 Euro bekommen. Bisher betrug die Obergrenze hierzu 2.557 Euro. Gesorgt wird für eine weitere Angleichung der Leistungen bei körperlich und bei psychisch bzw. demenziell bedingter Pflegebedürftigkeit. Pflegebedürftige, die stärker körperlich eingeschränkt sind – z. B. nach einem Schlaganfall – können jetzt ebenfalls **zusätzliche Betreuungs- und Entlastungsleistungen** in Anspruch nehmen.

- Wer seinen Anspruch auf ambulante Pflegesachleistungen nicht voll ausschöpft, kann den nicht genutzten Betrag zukünftig für sogenannte niedrighschwellige Angebote – etwa in der Betreuung – verwenden. Gleichzeitig erhalten Menschen mit erheblich eingeschränkter Alltagskompetenz in der sogenannten Pflegestufe Null jetzt Zugang zu Leistungen der Tages- und Nachtpflege sowie der Kurzzeitpflege. Dies ist bereits ein **wichtiger Schritt hin auf die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs.**



- **In der stationären Pflege** wird das Betreuungs- und Aktivierungsangebot schon vor Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs erweitert und auf alle Pflegebedürftigen ausgedehnt. Das Betreuungsverhältnis wird auf eine zusätzliche Betreuungskraft für 20 Pflegebedürftige verbessert – was insgesamt bis zu 45.000 Betreuungskräfte möglich macht. Das wird den **Pflegealltag in stationären Einrichtungen insgesamt erleichtern**.

Die Pflege zu stärken, heißt auch, Pflege nachhaltig zu sichern. Um die Beitragsbelastung künftiger Generationen und der jetzt jüngeren Menschen in den Jahren zu begrenzen, in denen die geburtenstarken Jahrgänge in das „Pflegealter“ kommen, wird ein von der Bundesbank verwalteter **Pflegevorsorgefonds** gebildet. In diesen Fonds werden ab 2015 jährlich die Einnahmen aus 0,1 Beitragssatzpunkten (derzeit rd. 1,2 Mrd. Euro) eingezahlt. Damit wird ein wichtiger Beitrag zur Nachhaltigkeit und zur Generationengerechtigkeit geleistet.

Ende der Kopfpauschale in der gesetzlichen Krankenversicherung

Auch die Finanzstruktur der gesetzlichen Krankenversicherung soll auf eine solide Grundlage gestellt und die Versorgungsqualität verbessert werden. Der paritätisch finanzierte Beitragssatz für die GKV wird auf 14,6 Prozent festgesetzt. Ein wichtiger Verhandlungserfolg der Sozialdemokraten: Die vom Einkommen unabhängigen pauschalen Zusatzbeiträge werden abgeschafft. Eventuelle Zusatzbeiträge können von den Kassen künftig nur noch abhängig vom Einkommen der Versicherten erhoben werden.

Außerdem soll ein neu eingerichtetes „Institut für Qualitätssicherung und Transparenz im Gesundheitswesen“ verständliche und verlässliche Kriterien für den Behandlungserfolg entwickeln und messen. Die Patientinnen und Patienten werden hierdurch bei der Entscheidung über Therapieform und Behandlungsort unterstützt.

Jugend und Parlament

Am letzten Samstag startete die Veranstaltung Jugend und Parlament in Berlin. Bis Dienstag war **Johannes Trulsen** beim Planspiel dabei. Wir sind uns im Deutschen Bundestag begegnet und haben zudem in meinem Abgeordnetenbüro über das Planspiel und über die politische Arbeit als Abgeordneter gesprochen.



Johannes gehörte im Rahmen des Planspiels der Partei der sozialen Gerechtigkeit PSG an, war Mitglied im Ausschuss Recht und Verbraucherschutz sowie im Arbeitskreis Recht und Bürger. Er wird seine Erfahrungen in einem Bericht zusammenfassen, den wir Euch dann gerne zur Verfügung stellen.



Politisches Mittagsgespräch beim Naturschutzbund Deutschland (NABU) e.V.

In dieser Woche wurde ich zu einer Veranstaltung mit dem Thema >Das neue Elektro- und Elektronikgerätegesetz< in die Bundesgeschäftsstelle des **NABU** eingeladen.



Vor einem interessierten Fachpublikum wurde über die Ziele der Novellierung wie beispielsweise die Sicherstellung eines flächendeckenden Recyclings von Elektroaltgeräten, die verbesserte Rohstoffsicherung und Ressourcenschonung sowie die konsequente Einhaltung von Standards diskutiert.

Das Foto zeigt auch den Leiter der Abteilung Ressourcen, Dr. Benjamin

Bongardt und Dr. Thomas Gebhard MdB.

Wichtige Neuregelung für kommunale Ehrenbeamte

Eine gute Nachricht enthält das vom Deutschen Bundestag verabschiedete Rentenpaket auch für all' diejenigen kommunalpolitisch Aktiven, die sich noch im Rentenalter als sogenannte „Ehrenbeamte“ (zum Beispiel ehrenamtliche Bürgermeister, Ortsvorsteher) in ihren Kommunen engagieren:

Als Teil des Rentenpaketes wurde für diese Personengruppe eine wichtige Übergangsregelung bezüglich ihrer Einkünfte verlängert: **Danach bleiben die Aufwandsentschädigungen von kommunalen Ehrenbeamten von der Berücksichtigung als Hinzuverdienst bei Alters- und bei Erwerbsminderungsrenten der gesetzlichen Rentenversicherung jetzt bis zum 30.September2017ausgenommen.**

Die Verlängerung dieser Vertrauensschutzregelung konnte durch einen gemeinsamen Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen im federführenden Ausschuss für Arbeit und Soziales in das Rentenpaket eingefügt werden.

Die bisher geltende Regelung sah das Auslaufen dieser besonderen Regelung bereits zum 30. September 2015 vor. Die

zusätzliche Übergangszeit wollen wir in der SPD-Bundestagsfraktion auch dazu nutzen, eine systematisch einwandfreie Dauerregelung für die Zeit danach zu erarbeiten. Damit ist für zwei weitere Jahre sichergestellt, dass Aufwandsentschädigungen, die für die Ausübung entsprechender kommunaler Ehrenämter gewährt werden, sich nicht im Einzelfall rentenmindernd auswirken können.



Schließlich gilt das Motto des gesamten Rentenpakets, „nicht geschenkt, sondern verdient“, in besonderer Weise auch für diejenigen, die sich auch noch im Rentenalter in kommunalpolitischen Ehrenämtern engagieren.

Ihnen zollen wir auf diese Weise Anerkennung für die wichtige Tätigkeit vor Ort und sorgen zugleich dafür, dass kommunale Ehrenämter auch künftig für Engagierte im Rentenalter attraktiv bleiben.

Die 15. Internationale Freundschaftsfahrt der Sportgemeinschaft des Deutschen Bundestages

ging diesmal –wie schon in der letzten Woche von mir angekündigt- in das "Dreiländereck" Tschechien-Österreich-Deutschland und unterstützt die Villa Margaretha (Heilpädagogische Wohngruppe GS Altstadtsschule in Passau). Ich war als neuer Abgeordneter zum ersten Mal dabei und habe mich auf das Fahren und auf ein vielfältiges Tour-Programm gefreut.



Foto: Thews MdB

Ausführlicher kann das Programm und die Strecke im **Tour-Tagebuch** auf meiner Internetseite nachgelesen werden. Sicher werde ich wieder bei der Freundschaftsfahrt teilnehmen und danke den Organisatoren für die tolle Planung sowie allen Helfern für die optimale Betreuung ganz herzlich.

Für Biker: Insgesamt hatte ich am Ende 2140 km mehr auf meinem Tacho. Ich werde versuchen, die GPX Daten der Tour zu bekommen - falls ´mal jemand selbst fahren möchte.

Ich wünsche allen Leserinnen und Lesern ein schönes Pfingstwochenende und verbleibe mit einem herzlichen Glückauf